



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

vielen neuzeitlichen Erscheinungen, auch zur Goethischen Lebenslinie, findet er leichter und freier ein unverschränkt positives Verhältnis. Wir, denen dieser frohe und unverkümmerte Einklang mit der neuen Zeit nicht gegeben ist, verstehen die Scheu Gundolfs, an diese Frage zu rühren und retten uns mit ihm in die reine, von Ehrfurcht und Bewunderung gelenkte Schau, die im Goethischen Leben die ungeheure Größe und Erhabenheit auch da sieht, wo sie ihm — im Verhältnisse zu seinen titanischen Urkräften — einen letzten Herotismus absprechen muß.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die preußischen Februar-Forderungen von 1865. Eine geschichtliche Erinnerung. Schleswig-Holstein war durch gemeinsame Anstrengungen Preußens und Osterreichs von der dänischen Fremdherrschaft befreit und im Wiener Frieden von 1864 an die beiden deutschen Großmächte gemeinsam abgetreten. Osterreich hatte an dem Mitbesitze kein Interesse und wünschte ihn möglichst bald in günstiger Weise los zu werden, und zwar, wenn Preußen alleiniger Besitzer werden sollte, gegen anderweite Gebietsentschädigung. Dagegen war es für Preußen eine Lebensfrage, die befreiten Herzogtümer militärisch, maritim und wirtschaftlich zu beherrschen, was nicht unbedingt in der Form der Einverleibung der Herzogtümer in Preußen zu geschehen brauchte. Die ganz unpolitische liberale öffentliche Meinung Deutschlands, die auch in den Regierungen der Mittelstaaten Unterstützung fand, forderte die Bildung eines neuen Bundesstaates unter der Herrschaft des Augustenburgerz. Auch Osterreich neigte dieser Lösung zu, da damit das Land wenigstens seinem preußischen Nebenbuhler entzogen wurde. Seit Anfang des Jahres 1865 verhandelte der österreichische

Gesandte in Berlin Graf Karolji mit Bismarck über die Herstellung eines endgültigen Zustandes in den Herzogtümern und die Einsetzung des Augustenburgerz.

Bismarck erklärte sich endlich bereit, diesen allgemeinen Wünsche zu entsprechen, verlangte aber für Preußen gewisse Gewährleistungen und Sicherheiten, die in einer nach Wien gerichteten Note vom 22. Februar 1865 enthalten waren. Das sind die preußischen Februar-Forderungen. Sie fassen zusammen, was Bismarck zur politischen, militärischen und wirtschaftlichen Beherrschung eines mit Waffengewalt erworbenen Landes, das für Preußens Sicherheit unentbehrlich war, für notwendig hielt.

Preußen forderte den Anschluß der Herzogtümer an den Zollverein und das preußische Zollsystem, Überlieferung des Post- und Telegraphenwesens an Preußen, Oberaufsicht über den zu bauenden Nord-Ostsee-Kanal, die Abtretung von Friedrichsort, Sonderburg-Düppel und der Mündungen des Kanals. Heer und Flotte der Herzogtümer sollten einen Teil der preußischen Kriegsmacht bilden, Rendsburg Bundesfestung mit preußischer Besatzung werden, die ganze Militärgesek-

gebung Preußens in den Herzogtümern gelten, preußische Beamte die Aushebung von Rekruten und Matrosen vollziehen, die Truppen den preußischen Fahnen eid dem Könige leisten und nach dessen Anordnung unter Umständen auch preußische Garnisonen beziehen, und im Krieg und Frieden dem Könige von Preußen als ihrem Kriegsherrn unterstellt sein. Vor Sicherung dieser Einrichtungen erklärte Preußen seine Herrschaftsrechte keinem anderen Landesherrn übertragen zu können. So verstand Bismarck die politische, militärische und wirtschaftliche Beherrschung eines Landes zur Sicherung Preußens ohne förmliche Einverleibung.

Bismarcks Februar-Forderungen fanden nicht nur einhellige Ablehnung seitens der öffentlichen Meinung, sondern auch seitens der österreichischen Regierung. Und letzteres war das Entscheidende. Osterreich erklärte, nur die Erhebung Memelsburgs zur Bundesfestung, den Kieler Hafen für Preußens Marine, den Nordostseekanal und den Eintritt Schleswig-Holsteins in den Zollverein, also doch eine gewisse militärische und wirtschaftliche Beherrschung des Landes durch Preußen, zugestehen zu können. So blieb es vorläufig beim preußisch-österreichischen Gemeinbesitze.

Am 24. März 1865 wurde preußischerseits die Verlegung der Marinestation von Danzig nach Kiel angeordnet und damit die Erfüllung eines Teiles der Februar-Bedingungen vorweggenommen. Bei Beantragung der Kosten dafür im preußischen Landtage bemerkte der Kriegsminister v. Roon, daß Preußen den Besitz des Kieler Hafens niemals aufgeben werde.

Samwer als Minister des Auswärtigen der Augustenburger Nebenregierung in Kiel ließ am 31. März den Erbprinzen eine An-

weisung an den Berliner Vertreter Ahlefeldt vollziehen, worin der Prinz allerdings grundsätzlich seine größte Bereitwilligkeit zum Eingehen auf die Februar-Forderungen aussprach, aber bei jedem einzelnen Punkte Vorbehalte machte und mit der Hoffnung schloß, daß nach Einsetzung des Herzogs eine Verhandlung mit ihm und dem Landtage schnell zum gewünschten Ergebnisse führen werde. Das war genau das Gegenteil von dem, was Preußen verlangte. Denn es machte ja gerade die Einsetzung des Herzogs von der vorherigen Erfüllung der Februar-Forderungen abhängig.

Eine persönliche Unterredung des Erbprinzen mit Bismarck führte zu keinem anderen Ergebnisse.

Im wesentlichen mutete Preußen dem Augustenburger Thronbewerber keine anderen Beschränkungen seiner Souveränität zu, als die nachher alle deutschen Bundesfürsten mit Ausnahme der drei Könige im Interesse der nationalen Einheit auf sich genommen haben.

Die Lösung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit auf Grund der preußischen Februar-Forderungen ist mißlungen. Sie hat schließlich anderweitig ihre Erledigung gefunden, mit der sich auch das Haus Augustenburg und die deutsche Bevölkerung der Provinz zufrieden gegeben hat.

Nichtsdestoweniger bilden die preußischen Februar-Forderungen eine auch noch für die Gegenwart bedeutungsvolle Lehre der Geschichte, wie der größte deutsche Staatsmann des neunzehnten Jahrhunderts sich die politische, militärische und wirtschaftliche Beherrschung eines Landes ohne Einverleibung dachte. Auch der größte deutsche Staatsmann des zwanzigsten Jahrhunderts kann davon lernen.

Professor Dr. Conrad Bornhaf

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
 Bornhafdruck des Herausgebers: Ami Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Ami Bülow 662.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
 Druck: „Der Reichsboten“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 84/87.

G. HURRELMAYER
BUCHBINDEREI
PAPIERHANDLUNG
SCHILLERSTR. 21